# Solarbranche unter hohem Preisdruck

**Energie** Deutsche Hersteller leiden unter der Konkurrenz aus Asien und der deutlich sinkenden Nachfrage.

**Berlin.** Von der einstigen Spitzenposition ist nach einer Pleitewelle in der deutschen Solarbranche nicht mehr viel übrig. Solarmodulhersteller können vor allem dem Preisdruck aus Asien kaum standhalten, und 2025 geht die Krise mit Insolvenzanträgen weiter. Beim Vertrieb und der Montage von Photovoltaik-Anlagen (PV) ist Deutschland laut Experten wirtschaftlich zwar noch gut aufgestellt. Aber der Ausbau der Solarenergie schwächelt im Vergleich zum Vorjahr.

„Zwischen 2019 und 2023 verzehnfachte sich die Photovoltaik-Nachfrage bei Eigenheimbesitzern“, sagt der Hauptgeschäftsführer des Bundesverbandes Solarwirtschaft (BSW), Carsten Körnig. Zuletzt sei sie in Deutschlands Eigenheimsiedlungen aber spürbar zurückgegangen. Der Professor an der Hochschule für Technik und Wirtschaft in Berlin, Volker Quaschning, ist überzeugt, die einzige Chance im Bereich der Produktion seien Nischenmärkte. Aber auch deutsche Hersteller von Komponenten wie Wechselrichtern oder Batteriespeichern stünden inzwischen schon massiv unter Kostendruck durch ausländische Konkurrenz.

Knapp 5,3 Millionen Photovoltaikanlagen sind in Deutschland auf Dächern, Balkonen, Freiflächen und auch auf Gewässern installiert – die meisten kommen aus China. Das asiatische Land produziert die Komponenten mit staatlichen Subventionen zu deutlich niedrigeren Preisen.

Photovoltaik erzeugt inzwischen eine installierte Leistung von etwa 107,5 Gigawatt in Deutschland und deckt nach Einschätzung des Solarwirtschaft-Verbandes rund 15 Prozent des deutschen Strombedarfs. Bis 2030 sollen es laut Bundesregierung 215 Gigawatt sein. „Das ist kein Selbstläufer“, meint Körnig. Um das politische Ausbauziel zu schaffen, müsse die installierte Photovoltaik-Leistung deutlich zulegen und vor allem auch der Speicherausbau erheblich beschleunigt werden.

Aus Sicht des Direktors des Fraunhofer-Instituts für Solare Energiesysteme (ISE) in Freiburg, Andreas Bett, ist seit der Bundestagswahl jedoch Verunsicherung bei Investoren zu spüren. Viele fragten sich, ob unter Schwarz-Rot der Ausbau der Erneuerbaren Energien womöglich gebremst werde. *dpa*



Derzeit seltener gefragt: Solarpanels auf Wohnhäusern.

*Foto: Andreas Arnold/dpa*



FOTO: THOMAS WARNACK/DPA

Landwirte nutzen Pestizide und Dünger, um eine ertragreiche Ernte garantieren zu können. Auch biologische Stoffe kommen zum Einsatz.

# „Jeder deutsche Apfel kennt eines unserer Produkte“

**Pflanzenschutz** Der Hersteller Biofa aus Münsingen vertreibt ökologische Mittel. Ein Stoff gegen die Pilzkrankheit Mehltau bringt ihm aktuell viel Kritik ein. *Von Katja Länge*

Ehe der Apfel im Einkaufswagen landet, wandert ein prüfender Blick über die bunte Auslage im Supermarkt: makellose, glänzende Früchte, die aussehen wie gemalt. Wird es das Bio-Produkt oder nicht? Die Entscheidung fällt oft zwischen Bauchgefühl und Vertrauen. Denn was genau im Apfel steckt oder auf seiner Schale, ist für viele Verbraucher entscheidend, aber schwer zu erkennen.

Damit aus dem, was auf deutschen Äckern wächst, auch eine ertragreiche Ernte wird, braucht es unter anderem Schutz vor Schädlingen und Krankheiten sowie Nährstoffe. Dabei spielen die natürlichen Pflanzenschutzmittel des Vertreibers Biofa eine entscheidende Rolle – in der ökologischen wie auch in der konventionellen Landwirtschaft. „Bis ein Apfel im Regal des Einzelhandels landet, hat er mindestens ein Produkt von uns gesehen“, sagt Frank Volk, Geschäftsführer von Biofa mit Sitz in Münsingen. Von der schwäbischen Alb aus vertreibt das Unternehmen ökologischen Pflanzenschutzmittel an Landwirte in ganz Deutschland und darüber hinaus.

Volk erinnert sich im Gespräch, dass die Umweltorganisation Greenpeace Anfang der 2000er Jahre sogenannte „Giftcocktails“ in der Obst- und Gemüseabteilung von Supermärkten aufgespürt und öffentlich abgemahnt hatte. Gemeint waren pflanzliche Produkte, die eine hohe Belastung von Pestiziden aufwiesen. „Die chemischen Stoffe werden von der Pflanze aufgenommen und unter anderem in der Frucht abgebaut. Dadurch bleibt ein gewisser Restwert im Produkt oder auf seiner Oberfläche“, erklärt er.

Die Aufklärung durch Greenpeace schreckte damals Kunden ab. Als Reaktion setzten deutsche Supermärkte eigene Höchstwerte für Pestizidrückstände, die deutlich unter der gesetzlichen Vorgabe lagen. In Zahlen: Der EU-Grenzwert liegt abhängig vom Pestizid bei 0,1 oder 1 Milligramm (mg) pro Kilo. Die Vorgabe von Rewe liegt beispielsweise bei bestimmten Wirkstoffen bei 0,01 mg pro Kilo und somit etwa 90 Prozent darunter.

> „Bis ein Produkt zugelassen wird, vergeht viel Zeit.

Das habe zu einem Umdenken in der Produktion geführt: „Viele Produzenten kombinieren nun den chemischen mit dem biologischen Pflanzenschutz“, erklärt der 53-Jährige. „Chemikalien werden so eingesetzt, dass die Pflanze diese noch bis zur Ernte abbauen kann. Anschließend kommen unsere biologischen Stoffe zum Einsatz. Die sind rückstandsfrei.“

Für ihn steht fest: „Wir können Chemie nicht ersetzen. Es ist ein anderer Wirkungsmechanismus.“ Durch die Integration von biologischen Mitteln in die konventionelle Produktion konnte sein Unternehmen einen neuen Marktzweig erschließen. Bis dahin belieferte Biofa fast ausschließlich Bio-Landwirte. Doch dieser Markt stagniert laut Volk: „Bio wächst in Deutschland nicht mehr so stark“.

Auch das Unternehmen hat derzeit mit Gegenwind zu kämpfen. Biofa steht seit Mai in der Kritik. Da erhielt das Unternehmen die Zulassung für das Mittel „Natrisan“. Dieses enthält Natriumhydrogencarbonat. Genauso wie einfaches Backpulver, das bislang von Winzern als Mittel gegen die Pilzkrankheit Mehltau verwendet wurde. Doch aufgrund einer EU-Richtlinie ist das den Weinbauern nun verboten: Ein Mittel darf nicht gleichzeitig Grundstoff und Pflanzenschutzmittel sein. Backpulver als reiner Grundstoff ist nicht mehr erlaubt, das offizielle Pflanzenschutzmittel muss gesprüht werden. Das hat Folgen: statt wie bisher 60 Cent pro Kilo zahlen Winzer jetzt knapp vier Euro.

Bis ein Produkt zugelassen wird, vergeht viel Zeit, und Beträge zwischen zwei und zehn Millionen Euro fließen, erklärt Volk. So auch bei „Natrisan“, dessen Zulassung sich über zehn Jahre zog: „Jedes Produkt, das in das Zulassungsverfahren eingeht, ist eine Investition in einen neuen Markt“, erklärt der Geschäftsführer. Volk spricht im Falle von „Natrisan“ von einem wirtschaftlichen Schaden von bis zu 20 Millionen Euro. Denn die EU habe Backpulver als Grundstoff vor Jahren erst aufgrund von Forschungsdaten von Biofa zugelassen. Und nun bekomme Biofa die Kritik ab, weil es sein Produkt „Natrisan“ auf den Markt gebracht habe, so seine Darstellung.

Für die Zukunft hat er noch andere Geschäftsfelder im Blick. Wegen immer stärker wechselnden Klimabedingungen wie Trockenphasen und Starkregenfällen lässt das Unternehmen aktuell an Biostimulanzien forschen – „ein Trendbegriff der Branche“, so Volk. Die helfen Pflanzen bei Stress durch Trockenheit, Hitze und Kälte. Gleichzeitig müsse die Anwendung angepasst werden: „Mittel gegen Pilze entziehen Feuchtigkeit. Dadurch geht der Pilz ein, aber bei genereller Trockenheit kann die Pflanze darauf mit Wuchsdepressionen und Blattbrand reagieren.“

### 35 Millionen Euro Umsatz

**Seit 40 Jahren** setzt sich das Unternehmen Biofa für nachhaltigen Pflanzenschutz sowie organische Düngung in der deutschen Landwirtschaft ein. 2018 wurde es Teil der schweizerischen Andermatt Biocontrol AG. In Münsingen sind 52 Mitarbeiter für den Betrieb tätig. Etwa 35 Millionen Euro Umsatz werden jedes Jahr erwirtschaftet, wovon zwischen zwei und zehn Millionen in die Zulassung der Pflanzenschutzmittel entsprechend EU-Öko-Verordnung fließen. Biofa hält rund 30 Produktzulassungen für den deutschen und europäischen Markt und ist damit Deutschlands größter Anbieter von biologischen Pflanzenschutzmitteln. Auf seiner Webseite nimmt das Unternehmen Stellung zur aktuellen Kritik der Weinbauern.

# Betrieb der Sparda-Bank eingeschränkt

**Zahlungsverkehr** Wegen einer technischen Umstellung kann es bis Montag zu Ausfällen kommen.

**Stuttgart.** Kunden der Sparda-Bank Baden-Württemberg müssen sich von Donnerstag bis kommenden Montag auf Einschränkungen und Ausfälle einstellen. Grund dafür sei ein IT-Wechsel, teilte die Bank mit. Die rund 700.000 Kunden müssen damit rechnen, dass es beim Einsatz ihrer Zahlungskarten zu Problemen kommt – vor allem im Ausland ist die Nutzung der Debitkarte vorübergehend nicht möglich.

Darüber hinaus sind die Filialen der baden-württembergischen Genossenschaftsbank am Donnerstag ab 17 Uhr sowie den gesamten Freitag geschlossen. Von Donnerstag, 17 Uhr, bis Montag, 9 Uhr, sei die Bank zudem weder telefonisch noch per E-Mail erreichbar, hieß es. Außerdem stünde das Online-Banking in diesem Zeitraum nicht zur Verfügung, und die Geldautomaten der Sparda-Bank BW seien außer Betrieb, wie weiter mitgeteilt wurde. Am Montag soll das neue Online-Bankingsystem wieder bereitstehen.

Die Sparda-Bank rät Kunden dazu, im Vorfeld ausreichend Bargeld abzuheben. Mit der Bankcard könne man zudem kostenlos Bargeld bei Cashpool-Partnerbanken (zum Beispiel Targobank, Santander oder BB Bank) abheben – oder gegen Gebühr an Geldautomaten anderer Banken. Für Bargeldauszahlungen und Zahlungen im Handel (In- und Ausland) rät die Bank ihren Kunden zur Nutzung von Kreditkarten. *dpa*

# „Die Talsohle erreicht“

**Maschinenbau** Trumpf meldet rückläufige Aufträge und Erlöse.

**Ditzingen.** Der Maschinenbauer Trumpf hat im vergangenen Geschäftsjahr deutlich weniger Umsatz gemacht. Nach vorläufigen Berechnungen sind die Erlöse von 5,2 Milliarden Euro auf 4,3 Milliarden Euro gesunken, wie das Unternehmen mitteilte. Der Auftragseingang sei im Geschäftsjahr 2024/25 von 4,6 Milliarden Euro auf 4,2 Milliarden Euro gesunken. Zum Gewinn machte Trumpf keine Angaben. Die endgültigen Zahlen sollen im Oktober präsentiert werden. Das Geschäftsjahr von Trumpf endete Ende Juni.

„Wir gehen davon aus, nun die Talsohle erreicht zu haben“, sagte Trumpf-Chefin Nicola Leibinger-Kammüller. Auftragseingang und Umsatz hätten sich auf niedrigem Niveau stabilisiert. Auf die schwache Nachfrage habe Trumpf mit Stellenabbau sowie Einschnitten bei externen Dienstleistungen und Investitionen reagiert. Damit habe man rund 350 Millionen Euro eingespart. *dpa*

**Vermietungen**

## Mietersuche gerne auf Portalen

**Berlin.** Jeder siebte private Vermieter in Deutschland sucht neue Mieter auch über Anzeigen in Lokalzeitungen. Das geht aus einer Befragung des Eigentümerverbandes Haus & Grund hervor. Viele Vermieter setzen auf Empfehlungen bisheriger Mieter (26,4 Prozent) sowie von Freunden und Familie (22,5 Prozent). Mehr als die Hälfte der Vermieter nutzt für die Mietersuche Immobilienportale. 16,5 Prozent der Vermieter nehmen dafür Immobilienmakler in Anspruch. *dpa*

## Zahl der Geldautomaten geht zurück

**Frankfurt/Main.** Mit dem Trend zum digitalen Bezahlen gibt es immer weniger Geldautomaten in Deutschland. 2024 sank deren Zahl um drei Prozent auf rund 49.750, wie die Bundesbank mitteilt. Im Vorjahr gab es noch etwa 51.300 Automaten. Auch bei Überweisungsterminals wurde ein Rückgang um drei Prozent von etwa 23.200 auf rund 22.500 verzeichnet. Kartenzahlungen in Deutschland nehmen nach Angaben der Bundesbank stetig zu. Im vergangenen Jahr gab es demnach rund 13 Milliarden Transaktionen mit Karten, 11 Prozent mehr als im Vorjahr. *dpa*




FOTO: FABIAN SOMMER/DPA

Noch knapp 50.000 Geldautomaten gibt es in Deutschland.

**Sicherheitscheck**

## Lob für Leipziger Flughafen

**Frankfurt am Main.** Leipzig-Halle ist nach Einschätzung der Pilotengewerkschaft Vereinigung Cockpit (VC) der sicherste Flughafen in Deutschland. Bei ihrem jährlichen Flughafencheck lobten die Piloten die vorbildlichen Lichtanlagen der Start- und Landebahnen, wie etwa ganztägig beleuchtete Stopp-Leisten an den Zufahrten. Der bisherige Spitzenreiter München rutschte auf Platz 2. Grundsätzlich sind laut VC mit Sitz in Frankfurt sämtliche deutschen Flughäfen sicher genug für den Passagierflugbetrieb. *dpa*

### Neuer Chef bei Munich Re

Dem Rückversicherer Munich Re steht ein Chefwechsel bevor: Der seit 2017 amtierende Vorstandsvorsitzende Joachim Wenning (60) geht in den Ruhestand, wie der Dax-Konzern mitteilte. Nachfolger wird der bisherige Finanzvorstand Christoph Jurecka (50).

### China wehrt sich

China hat nach Hacker-Angriffen auf Microsoft-Software davor gewarnt, Probleme bei der Cybersicherheit zur Verleumdung der Volksrepublik zu nutzen. Microsoft hatte drei chinesische Hackergruppen identifiziert, von denen zwei für Aktionen im staatlichen Auftrag bekannt sind.